

2/2010: So war das Jahr 2010

Jahresrückblicke werden aus technischen Gründen meist am Ende des Jahres veröffentlicht. Zum Zweck der Rationalisierung haben wir uns dazu entschlossen, die Höhepunkte des Jahres 2010 schon jetzt für Sie zusammenzustellen.

27. Februar: Bei den olympischen Winterspielen in Whistler (Kanada) muss der Viererbob aus Kamerun nach seinem sensationellen Sieg disqualifiziert werden. Misstrauisch gewordene Kontrolleure entdecken einen kleinen Elektromotor, der aus einer Brennstoffzelle versorgt wird. Die erappten Sünder gestehen die Manipulation ein und verweisen darauf, sie seien doch sonst völlig chancenlos gewesen. Sie seien sicher gewesen, nicht erappt zu werden, weil die Brennstoffzelle ohne Lärm und Rauch arbeite. Nicht bedacht hatte man offenbar, dass der austretende warme Wasserdampf in der kalten Luft der Rocky Mountains eine deutlich sichtbare Fahne aus Kondenswasser bildete.

16. März: Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene mehrmonatige Studie deckt auf, dass Wasserstoff gefährlich ist. Das Einatmen von reinem Wasserstoff könne schon nach nur fünf bis zehn Minuten zu ernsthaften Beeinträchtigungen des Wohlbefindens führen. Bei längerer Einwirkung drohten irreversible Schäden. Die Organisation bezeichnet diesen Zustand als unhaltbar und fordert die sofortige Einführung einer MAK für den gewerblichen Gebrauch sowie ein Verbot der Abgabe von Wasserstoff an Kinder und Haustiere.

10. April: US-Präsident Obama verbietet amerikanischen Autofirmen den Verkauf von Brennstoffzellenautos in Krisen- und Spannungsgebiete. Es bestehe die Gefahr des Missbrauchs für terroristische Zwecke, weil sie so gut wie kein Motorgeräusch machen und sich so für das unbemerkte Anschleichen an ein Ziel eignen würden. Seitens der Unternehmen wird darauf verwiesen, dass der Absatz derartiger Fahrzeuge in Afghanistan, Somalia und dem Jemen wegen der dünnen dortigen Tankstellen-Infrastruktur ohnehin nicht marktrelevant gewesen sei, so dass ein Abbau von Arbeitsplätzen dadurch nicht zu befürchten sei.

28. April: Die Opposition erhebt im Bundestag schwere Vorwürfe gegen Verkehrsminister Ramsauer, nachdem bekannt geworden ist, dass er Strom aus dem ihm gehörenden Wasserkraftwerk für die Produktion von Wasserstoff verwendet. Er würde somit privaten Nutzen aus den von seinem Ministerium geförderten Programmen ziehen. Erschwerend komme hinzu, dass es sich bei dem Elektrolyseur um ein norwegisches Fabrikat handelt. Ramsauer verweist darauf, dass es kaum noch deutsche Hersteller von Elektrolyseuren gebe.

15. Mai: FIFA-Präsident Blatter ist gegen den Einsatz von mit Wasserstoff gefüllten Fußbällen. Die UEFA hatte vorgeschlagen, die Bälle mit einem GPS-Sensor und einem Funksender auszustatten, um das Überschreiten der Linien automatisch zu erkennen und damit „Wembley-Tore“ und andere unklare Situationen zu verhindern. Sensor und Sender könnten aus einer Brennstoffzelle versorgt werden; das alles würde problemlos in den Ball passen. Die FIFA verwies darauf, dass die Sauerstoffversorgung der Zelle ein noch ungelöstes Problem darstelle; beide Gase im Ball zu speichern könne angesichts der zeitweise auf diesen wirkenden mechanischen Belastungen gefährlich sein. Leichtere Bälle würden auch beim Elfmeterschießen öfter über die Latte gehen, was bereits zu Protesten des englischen Verbands geführt habe. Zumindest für die Weltmeisterschaft in Südafrika käme so etwas nicht in Frage. Grundsätzlich sei man aber für jeden Fortschritt offen.

6. Juni: Der Verband der Benutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs verlangt von den Verkehrsbetrieben der Großstädte energische Maßnahmen, um den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen. So sei es nicht akzeptabel, dass in einer Stadt wie Hamburg die Fahrgäste auf manchen Linien mehr als eine halbe Stunde lang an der Haltestelle warten und die Busse durchfahren lassen müssten, bis endlich ein Brennstoffzellenfahrzeug auftauche.

15. Juli: Das Badeverbot für den Maschsee in Hannover wird unter Vorbehalt wieder aufgehoben. Die unpopuläre Maßnahme mitten im Hochsommer hatte zu erheblichem Unmut in der Bevölkerung geführt. Eine Kontrolle des Gesundheitsamtes hatte signifikante Mengen an Hydrogeniumoxid ergeben. Nachdem Experten darauf hingewiesen hatten, der Stoff sei in der

2/2010: So war das Jahr 2010

Natur durchaus verbreitet, geradezu lebensnotwendig und erst bei falscher Anwendung gefährlich, hat die Behörde das Badeverbot bis zum Abschluss der laufenden Prüfungen suspendiert. Nach wie vor wird davon abgeraten, die Substanz über die Atemwege aufzunehmen.

4. August: Bundeskanzlerin Merkel äußert sich bei einem Treffen mit der EU-Kommission in Brüssel zuversichtlich über den Fortschritt bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts. Besonders seit der Rollstuhl des Bundesfinanzministers mit einer Brennstoffzelle und einem Elektromotor ausgerüstet worden sei, hätten die Bemühungen zur Senkung der Staatsverschuldung deutlich an Tempo und Effektivität gewonnen, ohne deswegen mehr Lärm und Stunk zu verursachen. Auch seien die Fördermittel für Wasserstoff und Brennstoffzellen seitdem erheblich angehoben worden.

27. August: Der US-Bundesstaat Kalifornien erklärt sich für zahlungsunfähig. Gouverneur Schwarzenegger fährt am Steuer eines Wasserstoffautos nach Washington und ersucht Präsident Obama um Hilfe aus Washington. Dieser zeigt sich von dem Auto sehr angetan und genehmigt für den weiteren Ausbau des Netzes von Wasserstoff-Tankstellen ausnahmsweise Geld aus Bundesmitteln. Der bei dieser Gelegenheit gefeuerte Ex-Energieminister Chu bezeichnet dies als „fünftes Wunder“ und tritt in ein Kloster ein.

14. September: Das Bundesumweltministerium prüft Möglichkeiten, für Gebäude, die Strom und Wärme aus einer Brennstoffzelle beziehen, die Emissionsvorschriften zu lockern. So könnten die Fristen verlängert werden, nach denen die Emission von SO₂ und NO_x aus dem Schornstein überprüft werden muss.

8. Oktober: Die Initiative „Rettet die Bodensee-Schifffahrt“ hat eine Verlängerung der Fristen für die Umrüstung der Passagierschiffe auf dem See gefordert. Deutschland, Österreich und die Schweiz hatten sich kürzlich darauf geeinigt, ab 2012 für Wasserfahrzeuge aller Art nur noch Elektromotoren zuzulassen. Ein Sprecher der Initiative wies darauf hin, da es im Moment eine ganze Reihe von ähnlich gelagerten Aktivitäten gebe, etwa auf dem Rhein, den bayerischen Seen im Voralpenland, der Mecklenburgischen Seenplatte oder im Spreewald, sei die Nachfrage nach Wasserstoffsystemen hoch und die rechtzeitige Lieferung fraglich. Außerdem müssten die Umrüstkosten an die Passagiere weitergegeben werden.

26. Oktober: SPD-Chef Gabriel lässt den gesamten Fuhrpark des Willy-Brandt-Hauses auf Wasserstoffautos umstellen. Zur Begründung sagt er, der derzeitige Zustand der Partei erfordere eben ungewöhnliche Maßnahmen zur Wiedergewinnung der notwendigen Energie. Generalsekretärin Nahles äußert sich erfreut darüber, dass die Autos nach entsprechender Umrüstung auch für den Linksverkehr geeignet seien.

16. November: Zwischen der OPEC und Island kommt es zu einem diplomatischen Konflikt, nachdem die isländische Regierung ihre Absicht bekräftigt hat, den Straßenverkehr des Landes und auch die Fischereiflotte auf Wasserstoff aus inländischen Quellen umzurüsten. Mehrere Regierungen von OPEC-Staaten protestieren mit Nachdruck gegen die in ihren Augen diskriminierende Maßnahme und verlangen Ausgleichszahlungen. Zu solchen sieht man sich Reykjavik aber erst dann in der Lage, wenn die Tiefe des Haushaltslochs einigermaßen zuverlässig festgestellt worden sei.

7. Dezember: Der Deutsche Lehrerverband hat sich dagegen ausgesprochen, Brennstoffzellen in Mobiltelefonen für Benutzer unter 18 Jahren zuzulassen. In einer Presseerklärung hieß es, durch die damit verbundene Verdoppelung der Gesprächszeit werde der Unterricht stellenweise ganz und gar unmöglich. Nicht nur würden die Schüler während der Stunden vermehrt durch ihre Geräte vom Stoff abgelenkt, sondern sie seien dann morgens auch noch unausgeschlafener als ohnehin schon. Die Folgen hätten besonders die Religions- und Sozialkundelehrer auszubaden.

20. Dezember: Als „reine Spekulation“ hat das Bundesfinanzministerium Berichte über Pläne für eine Wasserstoffsteuer bezeichnet. Entsprechende Papiere, die in der Presse aufgetaucht waren, seien gänzlich unverbindliche Referentenentwürfe. In diesen hieß es angeblich, es

2/2010: So war das Jahr 2010

könne nicht angehen, dass sich der Bürger durch den Einsatz von Wasserstoff und Brennstoffzellen um die Abgaben drücke, die mit der Emission von Treibhausgasen, regulierten Emissionen und sonstigen Schadstoffen verbunden seien. Dafür sei ein kostenneutraler Ausgleich erforderlich.

P. S.: Wer hier jedes Wort auf die Goldwaage legt, der hat es nicht besser verdient. „Was darf die Satire? Alles!“ (Kurt Tucholsky). *us*